

Stellungnahme des Vorstands der Interessengemeinschaft Politische Bildung (IGPB) zur Debatte um die Einführung eines Fachs Wirtschaft

In der kürzlich vorgestellten „Zukunftsvereinbarung“ der Stadt Wien mit der Wirtschaftskammer Wien heißt es auf Seite 21:

„Wirtschaftskammer Wien und Stadt Wien setzen sich auf Bundesebene dafür ein, dass ab der 5. Schulstufe (alle Schulen bis zur letzten Schulstufe) ein Pflichtfach „Wirtschaft“ gestartet wird. Dieses Fach soll grundlegendes Wirtschafts- und Finanzwissen lehren.“

Diese von Vertreter:innen der Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung oder der Finanz- und Versicherungsindustrie präferierte Art der „Finanzerziehung“ läuft allerdings Gefahr, nach einem verengten, funktionalistischen Bildungsverständnis ...

- ... sozioökonomische Zusammenhänge, die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Politik oder die Notwendigkeit gesetzlicher Rahmenbedingungen, etwa zum Schutz von Arbeitnehmer:innen oder um Konsument:innen vor Verschuldung oder finanziellen Fehlentscheidungen zu bewahren, außen vor zu lassen.
- ... Lobby- und Profitinteressen Tür und Tor zu öffnen.
- ... Multiperspektivität und Kontroversität im Umgang mit wirtschaftlichen Phänomenen zu vernachlässigen, etwa indem ökonomische Bildung rein aus Sicht von marktliberalen Konzeptionen erfasst wird, die mittlerweile auch innerhalb der Wirtschaftswissenschaften immer mehr in Frage gestellt werden.

Eine eng geführte Konzeption von ökonomischer Bildung steht zudem in einem Spannungsverhältnis zum didaktischen Prinzip der Wissenschaftsorientierung. Wissenschaftliches Wissen soll demnach nicht als abgeschlossene Wahrheiten, sondern als methodisch gewonnenes, gut begründetes, aber auch jederzeit durch bessere Gründe überholbares Wissen vermittelt werden. Die Spiegelung von Kontroversen innerhalb der Wissenschaften ist dabei ein integrales Kernelement.

Die IGPB vertritt einen umfassenden Bildungsanspruch, der junge Menschen zu kritischer Urteilsbildung befähigen soll, die Welt und wirtschaftliche Gegebenheiten als gestalt- und veränderbar vermittelt und junge Menschen zur Partizipation motiviert. Einem solchen Anspruch wird ein separates Fach Wirtschaft nicht gerecht – besonders dann nicht, wenn es auf Zuruf von Unternehmer:inneninteressen als monodisziplinäres ökonomistisches Fach eingeführt und inhaltlich vereinnahmt wird sowie Fragen der demokratischen und ökologischen Gestaltung der Wirtschaftsordnung ausgeklammert bleiben.

Im neuen Lehrplan des Schulfachs „Geographie und Wirtschaftliche Bildung“ werden die Inhalte der Wirtschaftsbildung stets im Kontext zu Gesellschaft, Politik, Macht, Raum und Umwelt bearbeitet. Dies entspricht den realen wirtschaftlichen Verhältnissen, die immer in gesellschaftliche, politische, ökologische und räumliche Zusammenhänge integriert sind.

Politische Bildung, jetzt!

Die IGPB setzt sich seit Jahren für die Schaffung eines eigenen Unterrichtsfachs „Politische Bildung“ ein, um die Ziele des österreichischen Schulwesens im Sinne §2 (Abs. 1) SchOG nachhaltig zu verfolgen und zu verwirklichen. Kontextualisiertes Wissen über Wirtschaft und wirtschaftliche Prozesse wären auch Bestandteil eines solchen Faches – genauso wie Fragen ihrer demokratischen Gestaltung und Regulierung. Umgekehrt lässt sich schwerlich behaupten, dass Politische Bildung ein Teil der Finanzbildung wäre. Sowohl Politische Bildung als auch Wirtschaftskunde sind bereits Teile von Flächenfächern und damit im Lehrplan inhaltlich abgedeckt. Studien zum Schüler:innenwissen in zentralen Bereichen der Politischen Bildung zeigen, dass die Verankerung als Unterrichtsprinzip in allen Fächern nicht dazu führt, dass die Ziele von § 2 (Abs.1) SchOG verwirklicht werden. Es ist nicht einzusehen, dass mit Wirtschaftsbildung einem Ziel überproportional viel Aufmerksamkeit und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden sollen, während man die breiteren und übergeordneten Ziele der Politischen Bildung weiter vernachlässigt und die grundlegenden Kompetenzen, um in einer Demokratie teilhaben zu können, weiter ein Schattendasein führen sollen.

Mit der Senkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre bekannte sich Österreich zu einer möglichst frühen (politischen) Partizipation von Jugendlichen. Nicht zuletzt auch deshalb ist es unbedingt notwendig, dass Jugendliche möglichst früh lernen, sich politisch/gesellschaftlich Gehör zu verschaffen, umfassende demokratiepolitische Kompetenzen zu erwerben und damit zu jener demokratischen politischen Kultur beizutragen, die es braucht, damit gesellschaftliche Probleme und Konflikte bearbeitet werden können und ein friedliches Miteinander möglich ist.

Wenn es um die Schaffung neuer Unterrichtsfächer geht, spricht sich die IGPB für eine Priorisierung der Politischen Bildung aus. Dies wäre nicht nur ein großer Beitrag für die politische Teilhabe und die demokratische Kultur, sondern auch für ein umfassendes Verständnis von Wirtschaft, das gesellschaftliche und politische Fragen integriert.

IGPB, Wien, 3. Februar 2022